PORSCHE SE

Presse-Information 14. Mai 2009

Vorwurf der Anlegertäuschung haltlos

Bericht in der „Wirtschaftswoche“

Stuttgart, 13. Mai 2009. Die Porsche Automobil Holding SE, Stuttgart, weist den in einem Magazinbericht erhobenen Vorwurf der Anlegertäuschung zurück. In ihrer Ausgabe vom 11. Mai 2009 hat die „Wirtschaftswoche“ behauptet, Vertreter der Porsche SE hätten bei einem geheimen Treffen mit einem hohen Beamten der niedersächsischen Landesregierung am 25. Februar 2008 in Berlin die Absicht geäußert, dass das Unternehmen einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit VW anstrebe.

Diese Behauptung ist falsch. Die Niedersächsische Staatskanzlei hat in einem Schreiben vom 12. Mai 2009 an die "Wirtschaftswoche", das der Porsche Automobil Holding SE in Kopie überlassen wurde, klargestellt, dass die entsprechenden Äußerungen tatsächlich nicht getroffen wurden. Wörtlich heißt es in dem Schreiben der Niedersächsischen Staatskanzlei: "Weder die Porsche-Vertreter noch deren Anwälte haben […] in dieser Unterredung ausdrücklich oder konkludent erklärt, dass Porsche die Absicht habe, den Abschluss eines Beherrschungsvertrages mit Volkswagen anzustreben."

Die Porsche SE hat diesen Sachverhalt inzwischen gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht klargestellt.

K-GO

Kontakt
Porsche Automobil Holding SE
Porscheplatz 1
70435 Stuttgart
Telefon: +49 (0)711 911 – 11021